

Perspektiven der längerfristigen Wirtschaftsentwicklung in Deutschland

Die Bundesrepublik Deutschland befindet sich gegenwärtig in einer schwierigen wirtschaftlichen Situation. Sie ist nicht nur durch eine konjunkturelle Schwächeperiode geprägt, sondern auch durch Entwicklungen, die — wenn der notwendige Anpassungsprozeß nicht gelingt — die mittel- und längerfristigen Perspektiven des Produktionsstandortes Deutschland gefährden.

In diesem Bericht ist versucht worden, das wirtschaftspolitische Umfeld in zwei quantitativen Szenarien einzufangen¹. Dabei geht es nicht darum, wirtschaftliche Entwicklungen detailliert in Wechselwirkung mit den sich verändernden Rahmenbedingungen zu beschreiben. Mit der Beschreibung zweier möglicher Entwicklungspfade, die jeweils aus einem konsistenten Bündel von Annahmen abgeleitet werden, soll vielmehr ein quantitatives Bild der Dimensionen in gravierenden Problembereichen wie Arbeitsmarkt, Sozialversicherung und Staatsfinanzen gezeichnet werden. Sie sollen insbesondere den wirtschafts- und gesellschaftspolitisch Handelnden Orientierungen über denkbare Entwicklungen und Gestaltungsspielräume geben. Die Beantwortung der Fragen, wie die wirtschaftlich relevanten Rahmenbedingungen mit den Instrumenten der Wirtschafts-, Finanz-, Technologie-, Bildungs-, Umwelt- oder Sozialpolitik konkret ausgestaltet werden können, muß weiteren Untersuchungen ebenso überlassen bleiben wie Projektionen zur Entwicklung in einzelnen Branchen/Sektoren.

Die Berechnungen zur Wirtschafts- und Bevölkerungsentwicklung sind mit Hilfe des weiterentwickelten DIW-Szenarienmodells² durchgeführt worden. Das Modell ist in seiner Struktur kein geschlossenes ökonometrisches

Modell. Es setzt sich vielmehr aus kleinen Teilmodellen zusammen, die in einem iterativen Prozeß aufeinander abgestimmt werden. Quantitative Ergebnisse des einen Teilmodells gehen jeweils als exogene Vorgaben in andere Teilmodelle ein. Dies gilt auch für die Projektionen der Bevölkerungsentwicklung, die in Abstimmung mit den wirtschaftlichen Entwicklungspfaden vorgenommen wurden.

Rahmenbedingungen für die längerfristige Wirtschaftsentwicklung

Auf der politischen Ebene werden die zentralen Herausforderungen an den strukturellen Wandel ausgelöst

- von verbesserten Rahmenbedingungen für den internationalen Handel (WTO-Vereinbarungen). Dadurch verbessern sich die Chancen der Exportwirtschaft, aber auch die Wettbewerbsintensität und damit der Anpassungsdruck dürften zunehmen;
- von dem Entstehen supranationaler Handelszonen mit nach innen offenen Märkten und teilweise hohen Marktzutrittsbarrieren (EU, Nafta, Asian-Staaten);

¹ Eine ausführliche Darstellung der Szenarien und der Prognoseverfahren, die im Auftrag der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung als Basis für die Raumordnungsprognose entwickelt worden sind, wird in der Reihe DIW-Beiträge zur Strukturforchung in Kürze veröffentlicht.

² Gözlig, Bernd, Martin Gornig, Erika Schulz: Quantitative Szenarien zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung in Deutschland bis zum Jahr 2000. DIW-Beiträge zur Strukturforchung, Heft 150, Berlin 1994.

- von dem Umbruch in Osteuropa, der Öffnung Chinas und Entwicklungen in Lateinamerika, die einerseits neue Absatzmöglichkeiten für die deutsche Wirtschaft bedeuten, andererseits aber auch neue Konkurrenzverhältnisse und Standortalternativen schaffen;
- und nicht zuletzt von dem Integrationsprozeß zur Europäischen Währungsunion, der eine stärkere Zentralisierung der Wirtschaftspolitik und ein besser abgestimmtes Verhalten insbesondere der Geld- und Finanzpolitik in Europa bedingt.

Hinzu kommen ökonomische/technologische Entwicklungen, wie

- die zunehmende Globalisierung multinationaler Konzerne, die eine allmähliche Auflösung der traditionellen Standortbindung bedeutet;
- das Aufkommen und die Verbreitung neuer Technologien wie der Informationstechnologie, die zu neuen Spezialisierungsmustern führen und neue, global organisierte Produktionsformen ermöglichen.

Ergebnisse dieser Entwicklungen zeigen sich bereits heute: In den hochentwickelten Volkswirtschaften

- geht sowohl absolut als auch relativ (gemessen an der Gesamtbeschäftigung) die Zahl der industriellen Arbeitsplätze zurück, in der westdeutschen Industrie waren es von 1991 bis 1994 mehr als 1,1 Mill.
- gewinnen produktions- und konsumorientierte Dienstleistungen weiter an Bedeutung; lange Zeit regulierte und binnenmarktorientierte Dienstleistungen werden ähnlich wie Industriegüter von Konzernen über die Grenzen hinweg angeboten und sind zunehmend internationaler Konkurrenz ausgesetzt;
- ist die Produktion von international handelbaren Waren und Dienstleistungen, bei denen sich die Vorteile der differenzierten Wirtschafts- und der leistungsfähigen Infrastruktur günstig auswirken, weniger gefährdet als die von Erzeugnissen, bei denen die Höhe der Lohnkosten in der Bewertung der Wettbewerbsposition im Vordergrund steht.

In einer befriedigenden Weise kann diesen langfristig ausgerichteten Herausforderungen an den Strukturwandel nur begegnet werden, wenn es auf mittlere Frist gelingt, gleichzeitig die anhaltende konjunkturelle Schwächeperiode durch angemessene Reaktionen der Lohn-, Geld- und Finanzpolitik zu überwinden. Würde in der Bundesrepublik und in anderen EU-Staaten kurzfristig ein harter Restriktionskurs eingeschlagen, um die derzeitigen Staatsdefizite, die in erster Linie wegen der schwachen Konjunkturentwicklung stark gestiegen sind, unter die in den Maastricht-Vereinbarungen vorgegebene Schranke zu drücken, kommt es aufgrund der hohen wirtschaftlichen Verflechtung der europäischen Länder auch dauerhaft zu Wachstumseinbußen³. Werden hingegen die Interpretationsspielräume des Maastricht-Vertrages von den wirtschaftspolitisch Verantwortlichen in Deutschland und den

anderen EU-Staaten für eine konjunkturgerechte Wirtschaftspolitik genutzt, ergeben sich zusätzliche Wachstumsspielräume⁴.

Ein Integrationsszenario

In diesem Szenario wird damit gerechnet, daß sich weltweit eine günstige und stabile Wirtschaftsentwicklung durchsetzt. Vorausgesetzt ist allerdings, daß in der EU angesichts der gegenwärtig schwachen Konjunkturphase eine wachstums- und konjunkturgerechte Lohn-, Fiskal- und Geldpolitik verfolgt wird. Damit dürfte am Ende dieses Jahrzehnts der Einstieg in eine Währungsunion gelingen, zum anderen könnten die Visegrad-Staaten stärker an die EU angebunden werden. Neben neuen internationalen Verflechtungen ist damit auch eine höhere Intensität der Außenwirtschaftsbeziehungen zu erwarten. In diesem günstigen Umfeld wird eine hohe Wachstumsdynamik auch in Deutschland allerdings nur möglich sein, wenn es den politischen und gesellschaftlichen Institutionen gelingt, ein höheres Maß an Flexibilität und Anpassungsfähigkeit zu erreichen. Dabei ist es notwendig, ein günstiges Umfeld zur flexiblen Gestaltung der Arbeitszeit und arbeitsrechtlicher Regelungen zu schaffen und durch permanente Weiterbildung das hohe Qualifikationsniveau der Beschäftigten zu sichern. Daneben kommt der ständigen Modernisierung der Infrastruktur und einer effizienten Technologiepolitik eine Schlüsselrolle zu. Anstrengungen in diesen Feldern haben einen höheren Stellenwert als Maßnahmen, die pauschal bei den Lohnkosten ansetzen.

Weltweite Wachstumsimpulse

Für die Abschätzung der globalen Wirtschaftsdynamik sind die institutionellen Bedingungen des Welthandels von großer Bedeutung. Es wird angenommen, daß die Chancen, die sich aus der neuen Welthandelsordnung ergeben haben, für einen stabilen und fairen Welthandel auch wahrgenommen werden. Innerhalb Westeuropas ergeben sich darüber hinaus Impulse für einen verstärkten Warenaustausch durch den Wegfall der Wechselkursrisiken im Rahmen einer europäischen Währungsunion.

Die institutionellen Veränderungen im Welthandel und in der europäischen Union schaffen weltweit wirkende Investitionsanreize durch

- die bessere Nutzung von Skalenerträgen,
- die Vermeidung von Transaktionskosten,

³ Siehe die Simulationsergebnisse des DIW zu den Auswirkungen der Sparprogramme mit dem Oxford Economic Forecasting Model. Vgl. Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 1996/97. Bearb.: Arbeitskreis Konjunktur. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 25-26/96, S. 427.

⁴ Vgl. Wie wichtig sind die finanzpolitischen Konvergenzkriterien? Bearb.: Marcel Stremme. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 6/96, S. 99.

- neue Optionen zur Standortoptimierung und
- verbesserte Voraussetzungen für eine wachstumsge-
rechte Geldpolitik.

Die damit verbundene weltweite Industrialisierungs- bzw. Modernisierungsstrategie mit Schwerpunkten vor allem in Südostasien, aber langfristig auch in Osteuropa ist eine wesentliche Voraussetzung für eine Verstärkung der Wachstumsdynamik. Dieser Entwicklung entsprechen Zuwachsraten für die weltweite Produktion von rund 3 vH jährlich bis zum Jahre 2010; für das Welthandelsvolumen wird ein Wachstum von durchschnittlich etwa 5 vH erwartet.

Partizipationschancen Deutschlands

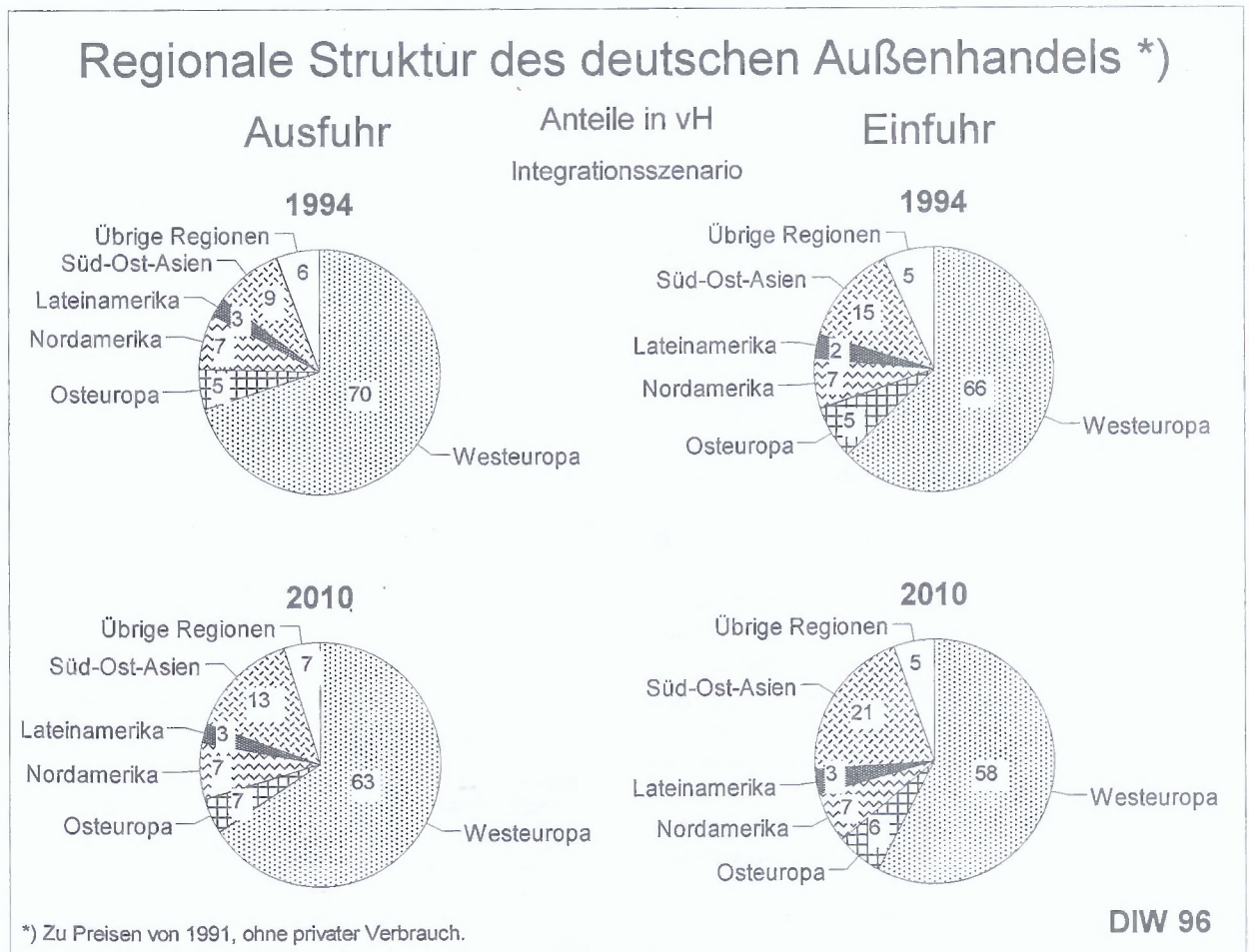
Inwieweit der Produktionsstandort Deutschland von den weltweiten Investitionsimpulsen profitieren kann, ist wesentlich von der Einschätzung der Standortqualität abhängig⁵. Entscheidend für die Wettbewerbsstärke der früheren Bundesrepublik waren vor allem Vorsprünge im Qualitätswettbewerb, unterstützt durch eine hervorra-

gende Infrastrukturausstattung und ein breit gefächertes und hohes Qualifikationsniveau der Beschäftigten. Der hohen Produktivität standen und stehen ein vergleichsweise hohes Lohnniveau und eine überdurchschnittliche Abgabenquote gegenüber.

Mit der voranschreitenden Industrialisierung der Schwellenländer in Südostasien und Lateinamerika sowie der Öffnung Osteuropas sind neue Märkte entstanden, aber auch Konkurrenten im Welthandel hinzugetreten. In diesen Ländern sind im Vergleich zu Deutschland vor allem die Lohnkosten weitaus niedriger. Gleichzeitig besitzen diese Länder Potentiale, auch in technologisch höherwertige Produktionsbereiche einzudringen. Bei den mittelost-europäischen Staaten kommt hinzu, daß sie aufgrund der räumlichen Nähe zusätzlich bei transportkostenintensiven Produktionen als Konkurrenten auftreten.

⁵ Technologische Leistungsfähigkeit der westdeutschen Wirtschaft trotz einzelner Schwachstellen unterschätzt. Bearb.: Dieter Schumacher, Kurt Hornschild, Florian Straßberger und Harald Trabold. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 33/95. Hat Westdeutschland ein Standortproblem? Bearb.: Ludger Lindlar. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 38/95.

Schaubild 1



Die Folge dieser Veränderungen muß allerdings nicht zwangsläufig eine generelle Verschlechterung der Wettbewerbsposition der deutschen Wirtschaft sein. Vielmehr kommt es darauf an, die Produktion noch stärker auf die speziellen Vorteile des Standortes Deutschland auszurichten, die auch künftig in der Kombination von guter Infrastrukturausstattung und hohem Ausbildungsstand der Beschäftigten liegen. Im Zuge des technologisch-organisatorischen Wandels werden dabei Entscheidungen über unterschiedliche Standorte verstärkt auch innerhalb der Branchen stattfinden.

Auch bei den optimistischen Annahmen des Integrationsszenarios wird allerdings die Bedeutung der Bundesrepublik als Produktionsstandort im weltweiten Maßstab abnehmen. Zwar eröffnen sich aus strukturellen Gründen im Zusammenhang mit der weltweiten Industrialisierungs- und Modernisierungsstrategie gerade für die Bundesrepublik gute Exportmöglichkeiten, insbesondere für ihre leistungsfähige Investitionsgüterindustrie. Die Exportzuwächse werden aber spürbar unter dem Wachstum des Welthandels liegen. Für den gesamten Prognosezeitraum wird mit einem jahresdurchschnittlichen Zuwachs der deutschen Exporte von 4½ vH gerechnet. Nicht nur als Bezugs-, sondern auch als Absatzmärkte werden dabei Südostasien und langfristig auch Osteuropa an Bedeutung gewinnen (Schaubild 1).

Die Importe dürften unter Berücksichtigung der erwarteten inländischen Nachfrageentwicklung und der spezifischen Erhöhung der Importquoten jährlich um knapp 4 vH expandieren. Im Integrationsszenario wird die Bundesrepublik damit künftig wieder mit realen Außenhandelsüberschüssen rechnen können. Die Spitzenwerte, die in den achtziger Jahren in Deutschland vor der Vereinigung zu verzeichnen waren, dürften aber bei weitem nicht mehr erreicht werden.

Wachstumspfade in West und Ost

Motor für die wirtschaftliche Entwicklung sind die Investitionen der Unternehmen. Als Folge der günstigen Investitionsbedingungen im Integrationsszenario werden hier für den Prognosezeitraum in Deutschland insgesamt Zuwächse erwartet, obwohl die Investitionsdynamik im Vergleich zu den aufholenden Staaten in Südostasien oder Mittel- und Osteuropa deutlich zurückbleibt. Die Investitionen der Unternehmen ohne Wohnungsvermietung werden im Jahresdurchschnitt um knapp 3 vH zunehmen.

In Westdeutschland müssen die Investitionsraten in den nächsten Jahren sogar deutlich höher liegen, wenn der hier gezeichnete Wachstumspfad erreicht werden soll. Der Grund hierfür ist der scharfe Investitionseinbruch in den Jahren 1993 und 1994. Er hat dazu geführt, daß sich das Wachstum des Kapitalstocks in Westdeutschland stark verlangsamt hat, in einigen Bereichen des verarbeitenden Gewerbes nimmt gegenwärtig das Produktionspotential sogar ab⁶.

In der Vergangenheit ist die Kapitalproduktivität⁷ bis zur Vereinigung, mit abnehmendem Tempo, ständig gesunken. Ihr vorübergehender Anstieg, der sich im Zuge der Vereinigung ergeben hatte, dürfte ausschließlich auf die während dieser Zeit erfolgte verstärkte Ausweitung der betrieblichen Nutzungszeiten zurückzuführen sein. Für die nächsten Jahre wird wieder ein Sinken der potentiellen Kapitalproduktivität erwartet.

Diese Entwicklung führt nicht zu Einbußen bei der Kapitalrentabilität, da der Anteil der Lohneinkommen an der Bruttowertschöpfung weiter zurückgeht, die steuerliche Belastung der Unternehmen vermindert wird und — die im internationalen Vergleich überdurchschnittlich hohe Lebensdauer der Anlagen — tendenziell abnehmen dürfte.

Bei einer solchen Konstellation wird sich die vorübergehende Abschwächung des Anstiegs der Arbeitsproduktivität Ende der achtziger Jahre nicht fortsetzen. In Teilbereichen wie der Telekommunikation dürfte es im Zuge der raschen Umsetzung technologisch-organisatorischer Innovationen sogar zu kräftigen Produktivitätssprüngen kommen, die sich allerdings nur begrenzt auf die Zunahme der Produktion je Erwerbstätigen insgesamt niederschlagen werden.

In Ostdeutschland haben die Investitionen in den letzten Jahren bereits ein Niveau erreicht, das mittelfristig eine beträchtliche Ausweitung des Produktionspotentials bewirkt⁸. Die Altanlagen aus DDR-Zeiten verlieren immer mehr an Bedeutung. Damit beschleunigt sich auch die Anpassung an westdeutsche Produktionsverhältnisse; der Rückstand zu Westdeutschland ist allerdings immer noch beträchtlich. Hinzu kommt, daß sich aufgrund der schwachen Nachfrageentwicklung in Westdeutschland und der abnehmenden, durch Transfers initiierten Nachfrageimpulse in Ostdeutschland die Absatzerwartungen gegenwärtig verschlechtert haben.

Eine weitere Ausweitung der Investitionen in Ostdeutschland ist daher auf mittlere Frist sehr unwahrscheinlich. Im Gegenteil: Die Gefahren eines Investitionseinbruchs in Ostdeutschland haben deutlich zugenommen⁹. Hier ist jedoch unterstellt worden, daß — im Zuge einer rasch verbesserten konjunkturellen Entwicklung in Westdeutschland und einer Aufrechterhaltung des hohen Niveaus der Investitionsförderung in Ostdeutschland — zumindest im Durchschnitt das derzeitige Investitionsvolumen beibehalten wird. Mit der Fortsetzung der Modernisie-

⁶ Vgl. Mittelfristiger Wachstumspfad gefährdet: Investitionen Westdeutschlands zu gering. Bearb.: Bernd Görzig. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 51-52/95, S. 873.

⁷ Berechnet aus den um Auslastungsschwankungen bereinigten Potentialwerten.

⁸ Martin Gornig: Szenarien zur Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahr 2000. In: Beihefte zur Konjunkturpolitik, Heft 42, 1994.

⁹ Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 1996. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 18/96.

rung — Austausch alter, aus DDR-Zeiten stammender Anlagen durch neue Anlagen — würde sich mittelfristig mit der Angleichung an das westdeutsche Produktivitätsniveau die Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Wirtschaft auch im Durchschnitt deutlich verbessern.

Ein wesentlicher Baustein zur weiteren Verbesserung der Standortbedingungen in Deutschland sind Investitionen in die Infrastruktur¹⁰. Ihre Erhöhung ist in der gegenwärtigen Phase der wirtschaftlichen Entwicklung von zentraler Bedeutung. Dies heißt nicht, staatliche Investitionsprogramme aufzulegen, sondern gezielt die Spielräume zum Ausbau und zur Modernisierung der wirtschaftsnahen Infrastruktur zu nutzen.

Kommt ein solcher Investitionsprozeß im privaten und öffentlichen Bereich in Gang, so werden in Deutschland und Europa — auch bei den anderen Komponenten der inländischen Nachfrage — insgesamt positive Impulse ausgelöst. Die damit geschaffenen Entwicklungsbedingungen lassen einen spürbaren Anstieg von Beschäftigung und Einkommen zu. Auch bei wieder steigender Sparquote eröffnen sich für den privaten Verbrauch erhebliche Wachstumspotentiale. Eine solche Entwicklung ist aber nur zu erwarten, wenn gleichzeitig die Belastung der privaten Haushalte mit direkten und indirekten Steuern insgesamt nicht weiter erhöht wird.

Aus den genannten außen- und binnenwirtschaftlichen Tendenzen ergibt sich im Integrationsszenario für das Gesamttaggregat der Produktion in Deutschland — gemessen am Bruttoinlandsprodukt — eine jahresdurchschnittliche Wachstumsrate von annähernd 2½ vH bis zum Jahre 2010 (Schaubild 2). In Ostdeutschland wird das Wirtschaftswachstum mit 5½ vH weiterhin überdurchschnittlich sein; in Westdeutschland schwenkt die Entwicklung mit der hier erwarteten konjunkturellen Erholung auf einen

Pfad von 2 vH jährlich ein. Im langfristigen Vergleich liegt die Wachstumsrate Deutschlands damit leicht über dem Trend der siebziger und achtziger Jahre in Westdeutschland. In weltweiter Betrachtung rangieren Regionen wie Südostasien, Lateinamerika oder Mittel- und Osteuropa im Wachstum vorn; das Wachstumstempo in der Bundesrepublik liegt, wie in vielen anderen Industrieländern auch, unter dem Durchschnitt, so daß ihr Anteil an der Weltproduktion weiter zurückgeht.

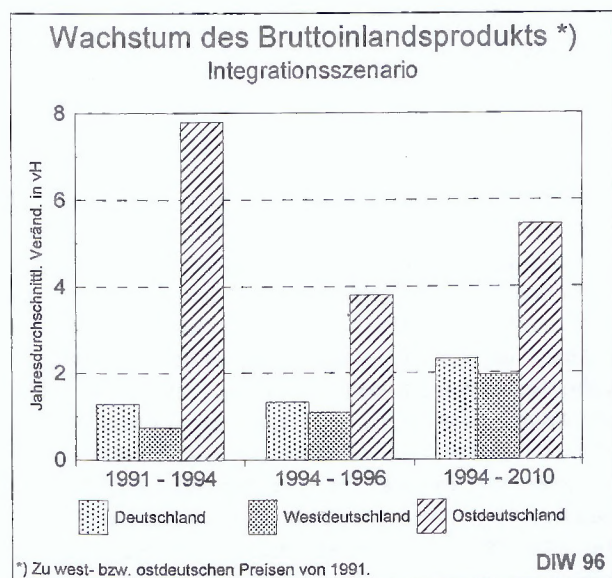
Bevölkerung: Umbrüche im Altersaufbau bei stabilem Niveau

Die Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland hängt wesentlich auch von der Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse ab. Dies gilt vor allem für die Zuwanderungen, die die Bevölkerungsverluste durch den deutlichen Sterbeüberschuß kompensieren. Wie hoch der Wanderungsüberschuß sein wird, hängt dabei einerseits von den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen in den potentiellen Auswanderungsländern ab (Push-Faktoren). Andererseits wird er vor allem bestimmt von der Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes in Deutschland (Pull-Faktoren)¹¹.

Stabilisiert sich die wirtschaftliche und politische Entwicklung in Mittel- und Osteuropa, nimmt der Einwanderungsdruck auf die Bundesrepublik tendenziell ab. Aufgrund des weiterhin hohen Wohlstandsgefälles ist dennoch von einer hohen Zahl von Einwanderungswilligen auszugehen. Bei gleichzeitig verbesserter Arbeitsmarktlage in Deutschland wird im Integrationsszenario bis zum Jahre 2010 insgesamt mit einer Nettozuwanderung von fast 4 Millionen Personen gerechnet. Sie reicht bis zu Beginn des nächsten Jahrzehnts aus, um die Verluste aus der natürlichen Bevölkerungsentwicklung auszugleichen. Bedingt durch den hohen Einwanderungsüberschuß in den nächsten Jahren wird die Einwohnerzahl im Jahre 2010 um mehr als 1 Million Personen höher liegen als 1994, also bei 82,5 Millionen Personen. Der Ausländeranteil wird dabei von 9 vH auf rund 14 vH steigen. Die wanderungsbedingten Nettozugänge werden weitgehend auf Westdeutschland entfallen. Für Ostdeutschland wird mit einer konstanten Bevölkerungszahl von rund 15 Millionen Einwohnern gerechnet.

Während im Bevölkerungsniveau vergleichsweise geringe Veränderungen erwartet werden, verschiebt sich die Altersstruktur beträchtlich (Schaubild 3). Gegenüber 1994 wird die Zahl der 60jährigen und älteren Personen

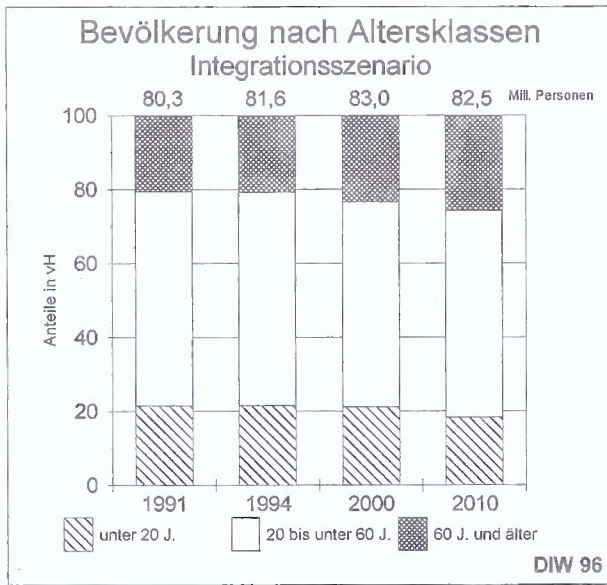
Schaubild 2



¹⁰ Bach, Stefan, Martin Gornig, Frank Stille, Ulrich Voigt: Wechselwirkungen zwischen Infrastrukturausstattung, strukturellem Wandel und Wirtschaftswachstum. DIW-Beiträge zur Strukturfor-schung, Heft 151, Berlin 1994.

¹¹ Alternde Gesellschaft — Zur Bedeutung von Zuwanderungen für die Altersstruktur der Bevölkerung in Deutschland. Bearb.: Erika Schulz. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 33/95, S. 579 ff.

Schaubild 3



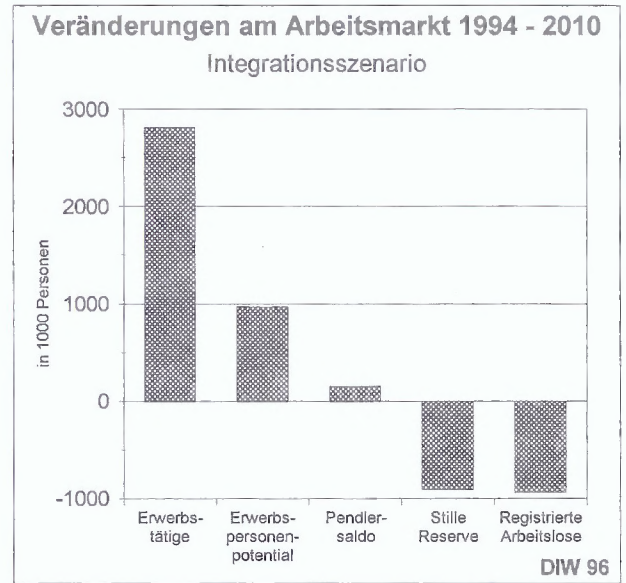
um 5 Millionen zunehmen und deren Anteil an der Gesamtbevölkerung steigen, von 21 vH auf 26 vH. Der Altenquotient (Zahl der 60jährigen und älteren Personen, bezogen auf die Zahl der 20 bis unter 60jährigen) erhöht sich von 36 vH (1994) auf 46 vH im Jahre 2010. Trotz leichter Anteilsverluste wird die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter (20 bis unter 60 Jahre) weiter zunehmen. Bei einer gleichzeitig steigenden Erwerbsbeteiligung der Frauen in Westdeutschland und einer weiterhin über dem westdeutschen Niveau liegenden Erwerbsbeteiligung in Ostdeutschland ist auch für das gesamtdeutsche Erwerbspersonenpotential bis zum Jahre 2010 mit einem Zuwachs zu rechnen. Er wird rund 1 Million Personen betragen. Dies bedeutet, daß sich — anders als noch Ende der achtziger Jahre erwartet — ein weiterhin zunehmendes Angebot an Arbeitskräften abzeichnet.

Entlastungen am Arbeitsmarkt möglich

Die Wachstumsdynamik im Integrationszenario ist mit positiven Wirkungen auf die Beschäftigung verbunden. Die nur geringen Unterschiede in der Entwicklung von Produktion und Arbeitsproduktivität, die in der Größenordnung von einem halben Prozentpunkt pro Jahr liegen, reichen in der hier betrachteten Periode aus, um die Lage auf den Arbeitsmärkten zu verbessern. Die Zahl der Beschäftigten wird unter den Bedingungen des Integrationszenarios im Jahre 2010 in Deutschland um rund 3 Millionen Personen höher sein als im Jahre 1994 und etwa 38 Millionen Personen erreichen.

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen wird allerdings nur um etwa 1 Million Personen niedriger liegen als heute (Schaubild 4). Die Abweichung zur Zunahme der Erwerbstätigenzahl beruht zunächst darauf, daß — wie hier ange-

Schaubild 4



nommen — das Erwerbspersonenpotential weiter steigt und in Deutschland verstärkt im Ausland ansässige Arbeitskräfte Beschäftigung suchen. Darüber hinaus wird es parallel zur Rückführung der registrierten Arbeitslosigkeit zu einem Abbau der stillen Reserve kommen. Im Jahre 2010 dürften damit immerhin noch 5 Millionen Personen (registrierte Arbeitslose und stille Reserve) ohne Beschäftigung sein.

Für Westdeutschland wird erwartet, daß die Arbeitslosenquote auf etwa 6 vH sinkt. In Ostdeutschland bleibt der Grad der Unterbeschäftigung mit einer Arbeitslosenquote von 9 vH um rund die Hälfte höher. In Ostdeutschland spielt die sowohl altersstruktur- als auch verhaltensbedingt höhere Erwerbsbeteiligung eine Rolle. In Relation zur Wohnbevölkerung wird die Beschäftigung in Ostdeutschland im Jahre 2010 fast westdeutschen Verhältnissen entsprechen.

Moderate Lohn- und Preisentwicklung

Im Integrationszenario ist für Westdeutschland mit einem Anstieg der Lohnsätze bis zum Jahre 2010 in der Größenordnung von jährlich $3\frac{1}{2}$ vH gerechnet worden; diese Rate liegt leicht unter dem Durchschnitt in den achtziger Jahren. Unter Berücksichtigung des Produktivitätsanstiegs ist damit eine durchschnittliche Zunahme der Lohnstückkosten um etwa 2 vH verbunden. Das ist weniger als der längerfristige Preisanstieg des Bruttoinlandsprodukts von rund $2\frac{1}{2}$ vH. Damit wird angenommen, daß die Unternehmen die erhöhten Kosten überwälzen können und gleichzeitig ihr Anteil am Bruttoinlandsprodukt weiter zunimmt, wenn auch wesentlich langsamer als im Durchschnitt der letzten 15 Jahre.

Die ostdeutsche Lohnentwicklung ist durch eine zunehmende Angleichung an westdeutsche Verhältnisse geprägt. Dennoch wird damit gerechnet, daß die Durchschnittslöhne je Arbeitnehmer mit 93 vH auch im Jahre 2010 noch nicht das westdeutsche Niveau erreichen werden. Die Gründe für dieses Zurückbleiben liegen vor allem in Unterschieden in den sektoralen und funktionalen Strukturen der Beschäftigung. So ist mit einem geringeren Anteil der relativ hoch vergüteten Beschäftigungsverhältnisse im industriellen Bereich und bei produktionsorientierten Dienstleistungen an der gesamten Erwerbstätigkeit zu rechnen. Der Hauptteil der Lohnangleichung vollzieht sich im Szenario in der nahen Zukunft, wenn auch nicht in dem Maße, wie in vielen Tarifverträgen festgelegt ist.

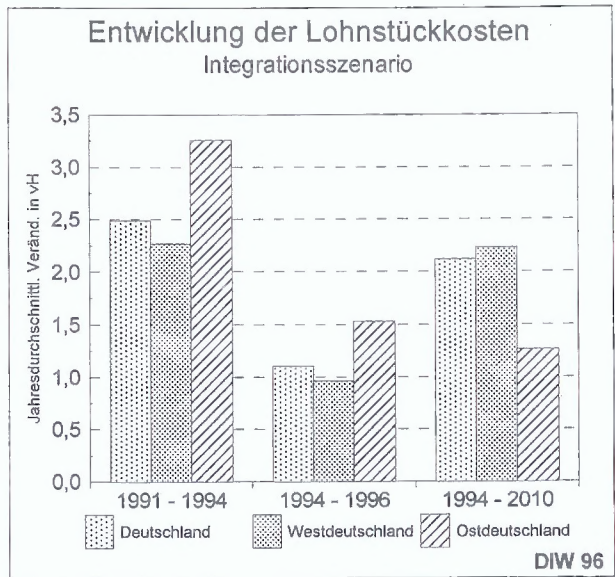
In Westdeutschland bewegen sich die Zuwächse bei den Lohnstückkosten im langfristigen Vergleich auf relativ niedrigem Niveau. In Ostdeutschland werden sie sich weiter abschwächen (Schaubild 5). Hier kommt auf der einen Seite zum Tragen, daß die Lohnzuwächse spürbar abnehmen. Auf der anderen Seite wirken sich die hohen Produktivitätszuwächse aus. Sie sind das Ergebnis des Modernisierungsprozesses. Im Durchschnitt des Prognosezeitraumes werden daher die Lohnstückkosten schwächer als in Westdeutschland steigen und im Jahre 2010 ein gleich hohes Niveau erreichen. Im Zuge dieser Entwicklung vergrößern sich auch in Ostdeutschland die Spielräume für eine kräftige Ausweitung der Gewinne.

Bei der Abschätzung der künftigen Preisentwicklung in Deutschland muß berücksichtigt werden, daß nach der Vereinigung zunächst sehr große Unterschiede im Preisniveau zwischen West- und Ostdeutschland bestanden¹². Insbesondere in Bereichen mit staatlicher Einflußnahme lagen die Preise in Ostdeutschland deutlich niedriger. Nach der Vereinigung stiegen im Zuge der Anpassung an westdeutsche Verhältnisse die Preise in Ostdeutschland kräftiger als in Westdeutschland. Da die Preisniveaueangleichung insbesondere bei den Verbraucherpreisen und den Wohnungsmieten noch nicht abgeschlossen ist, muß auch künftig mit höheren Preissteigerungen in Ostdeutschland gerechnet werden, wenn auch nicht in dem Maße wie in der Vergangenheit.

Haushaltskonsolidierung als längerfristige Aufgabe

Eine der zentralen Aufgaben der nächsten Jahre ist es, die Zunahme der mit der Vereinigung sprunghaft gestiegenen Staatsverschuldung zu begrenzen¹³. Zu den Schulden der öffentlichen Haushalte gehören dabei auch die Schulden der Bahn, der Treuhandanstalt und von Teilen der ostdeutschen Wohnungswirtschaft, die im Bundesseisenbahnvermögen und im Erblastentilgungsfonds zusammengefaßt und 1994/95 auf den Staat übergegangen sind. Auch unter Berücksichtigung dieser früheren Nebenhaushalte gelingt es dem Staat unter den günstigen Bedingungen des Integrationsszenarios, den Anteil des Staatsdefi-

Schaubild 5



zits am Bruttoinlandsprodukt bis zum Jahre 2010 weit unter die Marge zu drücken, die im Maastricht-Vertrag vorgesehen ist.

Die Wachstumsbeschleunigung, die sich im Integrationsszenario und damit auch für den Abbau der staatlichen Defizite ergibt, wäre jedoch gefährdet, wenn der Staat nicht nur in Deutschland, sondern auch in den anderen Ländern der Europäischen Union mit einem scharfen Restriktionskurs reagiert, um den aktuellen Anstieg des Haushaltsdefizits über den im Maastricht-Vertrag festgelegten Grenzwert hinaus zu verhindern¹⁴. Vielmehr muß die Finanzpolitik in der gegenwärtigen konjunkturellen Schwächephase die automatischen Stabilisatoren wirken lassen, indem Steuermindereinnahmen und erhöhte Ausgaben der Sozialversicherungen kurzfristig toleriert werden. Mit einer so ausgerichteten Finanzpolitik verbessern sich auf mittlere Frist die Chancen für eine Konsolidierung des Staatshaushalts stärker als durch eine undifferenzierte Einschränkung der Staatsausgaben.

Bei einer solchen Strategie ist auf der Einnahmenseite des Staatshaushaltes längerfristig mit Verbesserungen zu

¹² Vgl. Martin Gornig und Claudius Schmidt-Faber: Strukturwandel von Nachfrage und Produktion in Ostdeutschland. Veränderte Einschätzungen durch Berücksichtigung von Preisunterschieden. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 3/95.

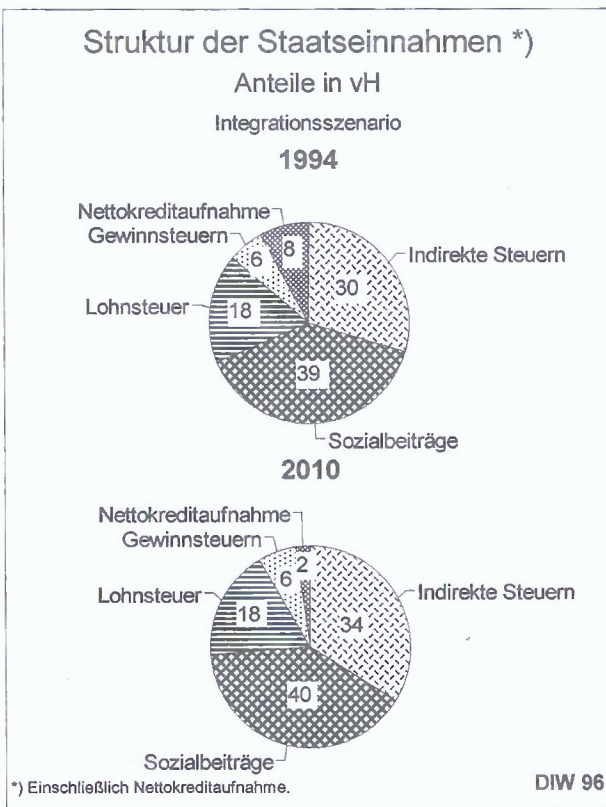
¹³ Dieter Vesper: Finanzpolitisches Handeln und Vereinigungsprozeß — ein Rückblick auf fünf Jahre Deutsche Einheit. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 3, 1995. Öffentliche Haushalte 1995/96: Steuerpolitische Lösungen bleiben unbefriedigend. Bearb.: Dieter Teichmann und Dieter Vesper. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 35/95.

¹⁴ Kann Frankreich die Maastricht-Kriterien erfüllen? Wachstumsabschwächung stellt Wirtschaftspolitik vor neue Herausforderungen. Bearb.: Joachim Volz. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 49/95.

rechnen (Schaubild 6). Sie reichen jedoch nicht aus, um für den Staat — auch steuerpolitisch — den notwendigen Handlungsspielraum zurückzugewinnen. Deshalb ist angenommen worden, daß es zur Erhöhung indirekter Steuern kommt. Dabei wurde auch berücksichtigt, daß sich die Besteuerung des Energieverbrauchs im Rahmen von EU-Vereinbarungen verstärken dürfte. Das erhöhte Steueraufkommen aus den indirekten Steuern wird weitgehend dazu genutzt, um die Steuerbelastung sowohl der Unternehmensgewinne als auch der Arbeitnehmerinkommen längerfristig zu senken.

Aufgrund der demographischen Veränderungen besteht auch im Sozialversicherungssystem ein starker Anpassungsdruck. Hier ist zunächst angenommen worden, daß die Sozialhaushalte entlastet werden, indem die versicherungsfremden Leistungen in wesentlich stärkerem Maße als bisher nicht über Sozialabgaben, sondern aus dem allgemeinen Steueraufkommen finanziert werden¹⁵. Notwendig sind aber auch Einsparungen im System der sozialen Sicherung selbst. Davon werden auch die Empfänger von Leistungen der Renten- und Arbeitslosenversicherung nicht ausgenommen werden können; hier wurde angenommen, daß die Anpassung dieser Leistungen per saldo geringfügig hinter der Nettolohnentwicklung zurückbleibt. Unter diesen Bedingungen zeigen die Berechnungen, daß es bei relativ günstiger Beschäftigungsentwicklung im Integrationsszenario gelingt, die Finanzierung der Sozialversicherung bis zum Jahre 2010 auch bei nur geringfügiger Anhebung der Sozialabgabenquote sicherzustellen.

Schaubild 6



Die gesamten Staatseinnahmen entwickeln sich im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt unterdurchschnittlich, so daß die Belastungsquote im Vergleich zu 1994 um etwa einen Prozentpunkt zurückgeführt werden kann. Die Konsolidierung des Staatshaushalts wird damit nicht über eine erhöhte Abgaben- und Steuerquote, sondern über Ausgabenbegrenzungen erreicht. Der Anteil der Staatsausgaben am Bruttoinlandsprodukt dürfte um rund 3½ Prozentpunkte sinken.

Größere Einsparpotentiale ergeben sich bei den im Staatsverbrauch zusammengefaßten Aufwendungen für das staatliche Dienstleistungsangebot. Werden die Prinzipien eines schlanken Staates verwirklicht und die angebotenen Dienstleistungen verbessert, so sinkt ihr Anteil an den Staatsausgaben von derzeit 41 vH auf 39 vH. Auch bei den Subventionen werden Einsparungsmöglichkeiten genutzt; ihr Anteil am Sozialprodukt wird von derzeit fast 4 vH auf 2 vH zurückgeführt. Unabdingbar bleibt es allerdings, den Investitionsprozeß in Ostdeutschland weiterhin zu unterstützen. Die Investitionszuschüsse werden trotz deutlicher Rückführung bis zum Jahre 2010 — bezogen auf das Investitionsvolumen — fast dreimal so hoch ausfallen wie in Westdeutschland.

Aufgrund dieser Ausgabenbegrenzungen und der günstigen Einnahmensituation im Integrationsszenario eröffnen sich dem Staat wieder Handlungsspielräume, um neue Akzente zu setzen. Im Bereich der Sozialpolitik könnten zum einen zielgruppenadäquate Anpassungen im sozialen Netz finanziert werden. Zum anderen dürften im Zuge eines höheren Stellenwertes familienpolitischer Maßnahmen die damit verbundenen Sozialausgaben weiter steigen. Die Investitionsausgaben für die Modernisierung und den Ausbau der Infrastruktur erhalten ebenfalls ein größeres Gewicht.

Ein Restriktionsszenario

Es gibt eine Reihe von Risiken, die einer „harmonischen“ Auflösung der Konflikte, wie sie im Integrationsszenario beschrieben sind, entgegenstehen. Deshalb wurden in einem zweiten Szenario restriktivere Annahmen getroffen, die zusammengekommen die Perspektiven der Entwicklung deutlich eintrüben. Das Restriktionsszenario stellt somit ein Kontrastszenario dar, in dem gezeigt werden soll, mit welchen Einbußen an Entwicklungsdynamik zu rechnen ist, wenn das Bündel von Rahmenbedingungen und Politikparametern anders gesetzt wird als im Integrationsszenario.

Schwache Wachstumsdynamik

Ungünstigere Rahmenbedingungen sind zunächst für den außenwirtschaftlichen Bereich angenommen worden: Im Restriktionsszenario werden die Chancen einer neuen

¹⁵ Finanzentwicklung der Sozialversicherung. Bearb.: Volker Meinhardt. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 40/95.

Liberalisierungswelle für den Welthandel nur teilweise genutzt. Vorherrschend würde die voranschreitende Blockbildung in Nord-Amerika, Süd-Ost-Asien und Europa sein. Innerhalb der Europäischen Union setzen sich abgestimmte wachstumsorientierte Konzepte im Bereich der Geld-, Lohn- und Finanzpolitik nur zögerlich durch. Vor allem die Finanzpolitik in Deutschland und anderen europäischen Ländern, die das Ziel der Haushaltskonsolidierung einseitig mit insgesamt restriktiven Maßnahmen zu erreichen versucht, wird den Entwicklungsprozeß belasten. Die Investitionsbereitschaft der Unternehmen wird unter diesen Bedingungen vor allem in Europa schwach sein. Für das Wachstum der Weltwirtschaft und des Welthandelsvolumens wurden im Restriktionsszenario 2½ bzw. 3½ vH angenommen.

Die Bundesrepublik wird in diesem Szenario als Investitionsstandort weiter an Bedeutung verlieren. Für Deutschland können unter diesen Umständen — insbesondere längerfristig — nur vergleichsweise geringe Exportzuwächse erwartet werden. Im gesamten Betrachtungszeitraum werden nur knapp 3 vH pro Jahr erreicht. Aufgrund der geringen Inlandsnachfrage werden auch die Wachstumsraten für den Import schwächer ausfallen als im Integrationsszenario. Da die Abschwächungen bei den Exporten wesentlich ausgeprägter sein werden als bei den Importen, ist im Restriktionsszenario — anders als im Integrationsszenario — weiterhin mit realen Einfuhrüberschüssen zu rechnen.

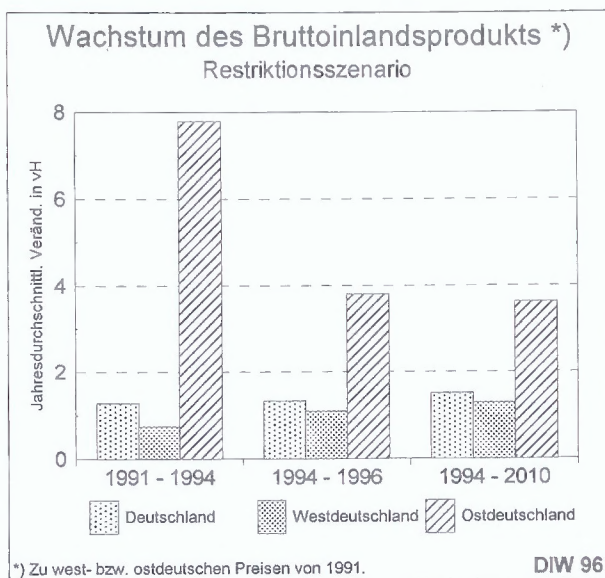
Solche Rahmenbedingungen schmälern die Chancen einer Verbesserung der Wirtschaftskraft Ostdeutschlands. Bei der gedämpften Nachfrageentwicklung außerhalb Deutschlands — und vor allem wegen der ungünstigeren Absatzmöglichkeiten in Westdeutschland — dürfte es zu einem kräftigen Rückgang der Investitionen kommen. Das innerdeutsche Außenhandelsdefizit kann zwar auch in diesem Szenario vermindert werden, der Transferbedarf wird dennoch weit höher sein als im Integrationsszenario.

Für Deutschland insgesamt wird es in Verbindung mit den noch stärkeren Konsolidierungszwängen kaum noch zu einer Ausweitung der staatlichen Investitionen und Konsumausgaben kommen. Zudem wird tendenziell die Gesamtsteuerbelastung der privaten Haushalte weiter zunehmen, so daß die Entwicklung des privaten Verbrauchs ebenfalls schwächer ausfällt.

Für das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland ergibt sich ein deutlich geringerer Wachstumspfad als im Integrationsszenario. Vor allem die Wachstumsdynamik in Ostdeutschland wird mit jahresdurchschnittlichen Zuwächsen von 3½ vH gegenüber dem Integrationsszenario stark zurückfallen; für Deutschland ergibt sich in diesem Szenario eine jahresdurchschnittliche Zuwachsrates von gerade einmal 1½ vH. Dies bedeutet aber auch, daß die gegenwärtig schwache Wachstumsdynamik, wie sie sich für 1996 abzeichnet¹⁶, selbst in diesem Szenario erhöht werden müßte (Schaubild 7).

Der niedrige Investitionspfad geht dabei mit einer langsameren Diffusion moderner Techniken im Produktionsapparat einher. Die totale Faktorproduktivität wird schwä-

Schaubild 7



cher zunehmen als im Integrationsszenario. Davon betroffen ist sowohl die Arbeits- als auch die Kapitalproduktivität. Dabei ist zu berücksichtigen, daß angesichts des national wie international verlangsamten Wachstumstempos auch die Kapitalrentabilität geringer ausfällt. Der Produktivitätszuwachs je Erwerbstätigen wird unter diesen Bedingungen für die Gesamtwirtschaft jahresdurchschnittlich nur bei weniger als 1½ vH liegen.

Noch zunehmende Arbeitsmarktprobleme

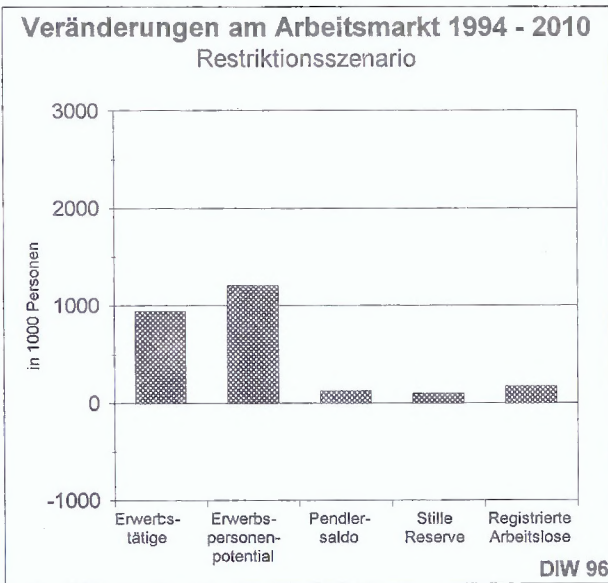
Auch unter den Bedingungen des Restriktionsszenarios wird es zu einer Zunahme der Erwerbstätigenzahl kommen; sie fällt jedoch mit rund 1 Million Personen deutlich niedriger aus als im Integrationsszenario. In Ostdeutschland wird das Beschäftigungsniveau mit rund 6 Millionen Personen im Jahre 2010 sogar niedriger liegen als heute.

Trotz der Zunahme der Erwerbstätigenzahl insgesamt kommt es im Restriktionsszenario zu keiner Entspannung auf den Arbeitsmärkten: Die Zahl der registrierten Arbeitslosen wird in Deutschland auch auf mittlere Frist bei knapp 4 Mill. Personen liegen und sich damit auf einem Niveau bewegen wie im konjunkturellen Tiefpunkt zu Beginn des Jahres 1996. Rechnet man noch die sogenannte stille Reserve hinzu, wird das Erwerbspersonenpotential in Deutschland im Jahre 2010 nur zu 83 vH ausgeschöpft; im Integrationsszenario sind es 88 vH.

Belastend für den Arbeitsmarkt wirkt sich dabei aus, daß die Wanderungssalden ähnlich hoch sind wie im Integrationsszenario (Schaubild 8). Wegen der geringeren Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes wird es zwar zu rigideren Zuwanderungsregelungen und höheren Fortzügen

¹⁶ Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 1996/97, a.a.O.

Schaubild 8



— vor allem von Arbeitskräften aus anderen EU-Staaten — kommen. Bei anhaltend instabiler wirtschaftlicher und politischer Lage in Osteuropa muß aber auch mit einem weit höheren Einwanderungsdruck als im Integrationsszenario gerechnet werden. Die erwarteten Größenordnungen für die gesamtdeutsche Bevölkerung und auch das Potential von Erwerbspersonen werden in beiden Szenarien damit relativ dicht beieinander liegen.

Die hohen Zuwanderungen und Einpendlerzahlen wirken sich vor allem auf den westdeutschen Arbeitsmarkt aus. Die Arbeitslosenquote dürfte hier bei 9 vH liegen. In Ostdeutschland wird sich die Arbeitslosenquote mit rund 13 vH im Jahre 2010 gegenüber dem heutigen Niveau ebenfalls kaum verringert haben.

Weiterhin hohe Staatsverschuldung

Im Restriktionsszenario versucht der Staat, die Haushalte mit einer zurückhaltenden Politik zu konsolidieren. Die Steuer- und Abgabenbelastung bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt steigt nicht nur gegenüber der Situation 1994, sondern auch gegenüber dem Integrationsszenario. Entlastende steuerpolitische Maßnahmen werden sich darauf beschränken, die Unternehmenssteuern partiell zu reduzieren, generelle strukturelle Entlastungen durch Rückführung der direkten Steuern insgesamt dürfte es nicht geben.

Stärkere Anstrengungen zur Begrenzung der Ausgaben werden nicht nur beim Staatsverbrauch unternommen, sondern auch bei den Investitionen, deren Anteil am Bruttoinlandsprodukt gegenüber 1994 nahezu eingefroren wird. Auch bei den Sozialtransfers an die privaten Haushalte übersteigen die Einsparungen das Ausmaß des Integrationsszenarios. Durch die höhere Zahl der Transferempfänger, insbesondere die der Arbeitslosen, dürfte jedoch

ein ähnlich großer Anteil der Staatsausgaben für Sozialtransfers verwendet werden.

Insgesamt kann zwar der Anteil der Nettoneuverschuldung am Bruttoinlandsprodukt zurückgeführt werden, er verbleibt jedoch auch langfristig nur knapp unterhalb der vom Maastricht-Vertrag vorgesehenen Grenze von 3 vH, so daß die Lage des Staatshaushalts weiterhin angespannt bleibt. Damit dürfte die Rückführung der Schuldenquote nicht gelingen, so daß der Staatshaushalt auch weiterhin durch einen steigenden Anteil der Zinszahlungen belastet wird.

Schlußbemerkungen

Mit den hier vorgestellten Szenarien werden weder Extrempositionen von möglichen Entwicklungen beschrieben, noch Aussagen über die Wahrscheinlichkeit einer Entwicklung getroffen. Vielmehr geht es darum, aus plausiblen Annahmen über Rahmenbedingungen, Verhaltensweisen und Interdependenzen Pfade der wirtschaftlichen Entwicklung auf längere Frist in Form von Szenarien abzuleiten.

Die Szenarien haben deutlich gemacht, daß es keinesfalls ohne weiteres zu einer Rückkehr auf einen angemessenen Wachstumspfad kommen wird und auch eine Belebung der weltwirtschaftlichen Aktivitäten — für sich genommen — nicht ausreicht, diesen Prozeß zu bewerkstelligen.

Eine Verbesserung der wirtschaftlichen Perspektiven ist nur möglich, wenn ein umfassendes wirtschaftspolitisches Paket geschnürt wird. Für das staatliche Handeln sind Schwerpunkte eines solchen Konzeptes:

- die Ausweitung der öffentlichen Investitionen in die Infrastruktur,
- die Fortsetzung der überdurchschnittlichen Förderung der unternehmerischen Investitionsprozesse in Ostdeutschland,
- die Senkung der Steuerbelastung sowohl der Unternehmensgewinne als auch der Arbeitnehmerinkommen bei Anhebung der indirekten Besteuerung auf mittlere Frist,
- Umstrukturierungen im Sozialbereich, die u.a. zu einer weitgehenden Ausgliederung der versicherungsfremden Leistungen aus den Sozialhaushalten führen.

Gefordert sind aber nicht nur die staatlichen Akteure, sondern auch die Tarifparteien: Es muß zu Reallohnsteigerungen kommen, die den Spielraum, der sich aus dem Produktivitätsanstieg ergibt, nicht vollständig ausschöpfen.

Das Integrationsszenario hat deutlich gemacht, daß die Prozesse, die von einer solchen wirtschaftspolitischen Strategie ausgehen, in Verbindung mit einer flankierenden Geldpolitik, die den Prozeß der Wachstumsbelebung unterstützt, zu Lösungen in wichtigen Problembereichen führen. Dies gilt für die Staatsfinanzen und die Sozialhaushalte. Und auch am Arbeitsmarkt kommt es im Gefolge einer solchen Strategie längerfristig zu einem Abbau von Arbeitslosigkeit.

Tabelle 1

Bevölkerung und Erwerbspersonenpotential

	1991	1994	2010	
			Integrations-szenario	Restriktions-szenario
	in Mill. Personen			
Bevölkerung Deutschland	80,3	81,6	82,5	82,9
Altersstruktur in vH				
bis 20 Jahre	21,5	21,5	18,4	18,4
20 bis 60 Jahre	58,0	57,8	55,8	55,8
60 Jahre und älter	20,5	20,7	25,8	25,8
Erwerbspersonenpotential ¹⁾	41,1	41,8	42,8	43,0
Nachrichtlich:				
Kumulierter Wanderungssaldo ²⁾	—	—	3,9	4,4
Zuzüge	—	—	14,5	15,2
Fortzüge	—	—	10,6	10,8
Ausländeranteil in vH ³⁾	7,6	8,9	13,9	14,0
Anteil des Erwerbspersonenpotentials in vH	51,2	51,2	51,9	51,9
Bevölkerung Westdeutschland	64,5	66,1	67,2	68,2
Bevölkerung Ostdeutschland	15,8	15,5	15,3	14,7

¹⁾ In der Abgrenzung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. — ²⁾ 1995 bis 2010. — ³⁾ Ohne künftige Einbürgerungen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung; Schätzungen des DIW (1994); Szenarienmodell des DIW (2010).

Tabelle 2

Nachfrage und Produktion

	1991	1994	2010	
			Integrations- szenario	Restriktions- szenario
in Mrd. DM ¹⁾				
Privater Verbrauch	1 629	1 698	2 461	2 195
Staatsverbrauch	557	585	726	669
Anlageinvestitionen	656	668	1 017	893
Staat	75	78	107	95
Wohnungsbau	168	216	304	270
Unternehmen ²⁾	413	374	606	528
Lagerveränderungen	15	28	27	27
Außenbeitrag	—3	—14	58	—13
Export	727	740	1 433	1 138
Import	724	754	1 375	1 151
Bruttoinlandsprodukt	2 854	2 965	4 289	3 771
Westdeutschland	2 648	2 707	3 687	3 315
Ostdeutschland	206	258	602	456
Jahresdurchschnittliche Veränderungen zur Vorperiode in vH				
Privater Verbrauch	—	1,4	2,3	1,6
Staatsverbrauch	—	1,6	1,4	0,8
Anlageinvestitionen	—	0,6	2,7	1,8
Staat	—	1,2	2,0	1,3
Wohnungsbau	—	8,7	2,2	1,4
Unternehmen ²⁾	—	—3,2	3,1	2,2
Lagerveränderungen	—	—	—	—
Außenbeitrag	—	—	—	—
Export	—	0,6	4,2	2,7
Import	—	1,4	3,8	2,7
Bruttoinlandsprodukt	—	1,3	2,3	1,5
Westdeutschland	—	0,7	2,0	1,3
Ostdeutschland	—	7,8	5,4	3,6

1) In west- bzw. ostdeutschen Preisen von 1991. — 2) Ohne Wohnungsvermietung.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Szenarienmodell des DIW.

Tabelle 3

Produktionspotential der Unternehmen¹⁾²⁾

	Dimension	1991	1994	2010	
				Integrations-szenario	Restriktions-szenario
Bruttoanlagevermögen	Mrd. DM	5 732	6 250	10 224	9 499
Kapitalproduktivität ³⁾	Tsd. DM	44	43	39	36
Produktionspotential	Mrd. DM	2 511	2 708	3 964	3 400
Bruttowertschöpfung	Mrd. DM	2 223	2 323	3 551	3 049
Auslastungsgrad	vH	89	86	90	90
Kapitalintensität ⁴⁾	Tsd. DM	172	196	302	294
Arbeitsplatzproduktivität ⁵⁾	Tsd. DM	75	85	117	105
Arbeitsplätze	Mill. Pers.	33,3	31,9	33,9	32,3
Erwerbstätige	Mill. Pers.	28,7	27,5	30,6	29,0
Besetzungsgrad	vH	86	86	90	90
Arbeitsproduktivität ⁶⁾	Tsd. DM	78	84	116	105
jahresdurchschnittliche Veränderungen zur Vorperiode in vH					
Bruttoanlagevermögen		—	2,9	3,1	2,7
Kapitalproduktivität		—	—0,4	—0,7	—1,2
Produktionspotential		—	2,6	2,4	1,4
Bruttowertschöpfung		—	1,5	2,7	1,7
Kapitalintensität		—	4,4	2,7	2,6
Arbeitsplatzproduktivität		—	4,1	2,0	1,3
Arbeitsplätze		—	—1,4	0,4	0,1
Erwerbstätige		—	—1,4	0,7	0,3
Arbeitsproduktivität		—	2,9	2,0	1,4

¹⁾ Ohne Wohnungsvermietung. — ²⁾ In westdeutschen Preisen von 1991. — ³⁾ Produktionspotential je 1000 Einheiten des Bruttoanlagevermögens. — ⁴⁾ Bruttoanlagevermögen je Arbeitsplatz. — ⁵⁾ Produktionspotential je Arbeitsplatz. — ⁶⁾ Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Potentialrechnung und Szenarienmodell des DIW.

Tabelle 4

Beschäftigung und Arbeitsmarkt

	1991	1994	2010	
			Integrations-szenario	Restriktions-szenario
	in 1000 Personen			
Erwerbstätige im Inland	36 510	34 957	37 925	36 025
Pendlersaldo	—53	—4	155	125
Erwerbstätige Inländer	36 563	34 953	37 770	35 900
Erwerbspersonenpotential	41 081	41 824	42 794	43 036
Angebotsüberschuß	4 518	6 871	5 024	7 136
Registrierte Arbeitslose	2 602	3 698	2 758	3 867
Stille Reserve	1 916	3 173	2 266	3 269
Nachrichtlich:				
Arbeitslosenquote ¹⁾ in vH	6,6	9,6	6,8	9,7
Westdeutschland	5,5	8,2	6,2	9,0
Ostdeutschland	10,7	15,3	9,1	12,8

1) Registrierte Arbeitslose zu registrierten Arbeitslosen und erwerbstätigen Inländern.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Erwerbspersonenpotentialrechnung des IAB; Szenarienmodell des DIW.

Tabelle 5

Preise und Löhne

	1991	1994	2010	
			Integrations-szenario	Restriktions-szenario
Preisindex Westdeutschland 1991 = 100				
Bruttoinlandsprodukt	97	109	164	170
Privater Verbrauch	98	109	156	163
Staatsverbrauch	95	104	162	166
Anlageinvestitionen	99	107	170	176
Ausfuhr	100	102	134	128
Einfuhr	100	97	120	117
Jahresdurchschnittliche Veränderungen in vH zur Vorperiode				
Bruttoinlandsprodukt	—	3,7	2,6	2,8
Privater Verbrauch	—	3,6	2,3	2,6
Staatsverbrauch	—	3,3	2,8	3,0
Anlageinvestitionen	—	2,7	2,9	3,1
Ausfuhr	—	0,7	1,7	1,4
Einfuhr	—	−1,2	1,4	1,2
Nachrichtlich:	Jahresdurchschnittliche Veränderungen in vH zur Vorperiode			
Westdeutschland				
Preisindex BIP	—	3,2	2,5	2,7
Lohnsätze ¹⁾	—	3,5	3,7	3,5
Arbeitsproduktivität ²⁾³⁾	—	1,4	1,4	1,0
Lohnstückkosten	—	2,3	2,2	2,5
Ostdeutschland				
Preisindex BIP	—	10,3	3,3	3,6
Lohnsätze ¹⁾	—	17,3	5,6	5,2
Arbeitsproduktivität ²⁾³⁾	—	13,3	4,8	3,8
Lohnstückkosten	—	3,9	1,2	1,7

1) Bruttolohn- und -gehaltsumme je Arbeitnehmer. — 2) Zu west- bzw. ostdeutschen Preisen von 1991. — 3) Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen.
Quellen: Statistisches Bundesamt; Szenarienmodell des DIW.

Tabelle 6

Staatshaushalt¹⁾

	1991	1994	2010	
			Integrations-szenario	Restriktions-szenario
Mrd. DM				
Einnahmen	1 165	1 381	2 950	2 747
Indirekte Steuern	358	443	1 023	914
Sozialbeiträge	491	583	1 207	1 139
Lohnsteuer	221	264	534	531
Gewinnsteuern u.ä.	95	91	186	163
Ausgaben	1 295	1 513	3 020	2 924
Bruttoinvestitionen	75	86	200	180
Staatliches Dienstleistungsangebot ²⁾	537	622	1 179	1 113
Sozialtransfers	432	537	1 162	1 113
Transfers zur Förderung unternehmerischer Aktivitäten ³⁾	144	132	171	184
Transfers an die übrige Welt	60	55	149	120
Zinszahlungen ⁴⁾	47	81	158	215
Finanzierungssaldo	−130	−132	−70	−177
Nachrichtlich:				
Staatseinnahmen in vH des BIP	40,8	41,6	40,7	41,6
Staatsausgaben in vH des BIP	45,4	45,6	41,7	44,3
Defizit in vH des BIP	−4,6	−4,0	−1,0	−2,7
Nettoverschuldung ⁵⁾ in vH des BIP	26,0	39,6	33,0	45,8

1) Gebietskörperschaften und Sozialversicherung einschließlich Nebenhaushalte (Treuhandanstalt, Bahn, ostd. Wohnungswirtschaft). — 2) Staatsverbrauch abzüglich Abschreibungen. — 3) Subventionen und Investitionszuschüsse. — 4) Zinsausgaben abzüglich Vermögenseinkommen. — 5) Verbindlichkeiten abzüglich Forderungen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Szenarienmodell des DIW.

Tabelle 7

Einkommensverteilung¹⁾

	1991	1994	2010	
			Integrations-szenario	Restriktions-szenario
	Mrd. DM			
Bruttosozialprodukt	2 882	3 312	7 248	6 528
Abschreibungen	364	439	1 058	1 033
Indirekte Steuern abzügl. Subventionen	265	345	905	788
Indirekte Steuern	358	443	1 023	914
Subventionen	93	98	118	126
Bruttolohneinkommen	1 612	1 815	3 655	3 377
Sozialbeiträge	491	583	1 207	1 139
Lohnsteuer	221	263	534	531
Nettoeinkommen	900	969	1 914	1 707
Bruttogewinneinkommen	641	713	1 630	1 330
Staatl. Abzüge und Entnahmen ²⁾	48	10	28	—51
Entnahmen Haushalte	533	644	1 464	1 365
Nicht entnommene Gewinne	60	59	137	16
Nachrichtlich:				
Indirekte Steuern in vH des priv. Verbrauchs	22,0	23,3	25,8	24,7
Subventionen in vH des BIP ³⁾	4,1	3,7	2,0	2,4
Sozialbeiträge in vH der Bruttolohneinkommen	30,5	32,1	33,0	33,7
Lohnsteuer in vH der Bruttolöhne	13,7	14,5	14,6	15,7
Gewinnsteuern u.ä. in vH der Bruttogewinne	14,8	11,9	11,4	12,3
Bruttogewinne in vH des Volkseinkommens	28,5	28,2	30,8	28,3
¹⁾ Nach Zurechnung der Nebenhaushalte zum Staat von 1991 an. — ²⁾ Direkte Steuern und Nettozinsen. — ³⁾ Nach Abzug des Staatsverbrauchs. <i>Quellen:</i> Statistisches Bundesamt; Szenarienmodell des DIW.				

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-14195 Berlin
 Telefon (0 30) 89 789-0 — Telefax (0 30) 89 789-200

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Kurt Hornschild,
 Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Eckhard Kutter, Prof. Dr. Rolf-Dieter Postlep, Dr. Wolfram Schrettl, Dr. Bernhard Seidel, Dr. Hans-Joachim Ziesing.
 Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner, in Vertretung Dieter Teichmann.

Perspektiven der längerfristigen Wirtschaftsentwicklung in Deutschland. Bearbeitet von der Arbeitsgruppe mittel- und langfristige Szenarien.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, D-12165 Berlin, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-13437 Berlin.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 150,—, vierteljährlich DM 45,—, Einzelnummer DM 5,—.

Zuzüglich Versandkosten

ISSN 0012-1304